



Duisburg und am Niederrhein: IG BAU kritisiert fehlende Schutzmasken für Reinigungskräfte



Gebäudereinigerinnen leisten durch ihre Arbeit einen Beitrag gegen die Infektionsgefahr in Betrieben, Büros und Behörden. Dennoch bleiben sie oft auf den Kosten für den eigenen Gesundheitsschutz sitzen, bemängelt die zuständige Gewerkschaft IG BAU.

„Beschäftigte müssen Maske oft aus eigener Tasche zahlen“

Sie kümmern sich um die Hygiene in Büros, Schulen und Krankenhäusern – müssen sich aber um die eigene Gesundheit Sorgen machen: Nach Einschätzung der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) stehen einem Großteil der Reinigungskräfte in Duisburg und am Niederrhein nicht genügend kostenlose Atemschutzmasken zur Verfügung. Immer wieder komme es vor, dass Reinigungsfirmen beim Arbeitsschutz knausern und Beschäftigte den dringend benötigten Mund-Nasen-Schutz aus der eigenen Tasche bezahlen müssen, so die Gewerkschaft. „Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die Menschen, bei denen das Einkommen kaum für Miete und Lebensunterhalt reicht, auf den Kosten der beruflich genutzten Masken sitzen bleiben. Besonders schwer ist es für Teilzeitkräfte und Minijobber. Das muss sich schnell ändern“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau. Nach Angaben der Arbeitsagentur gibt es in Duisburg und am Niederrhein rund 9600 Beschäftigte in der Gebäudereinigung.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz zähle zu den Fürsorgepflichten des Arbeitgebers, betont Pfau. Daran dürfe nicht gespart werden – „das Tragen einer Atemschutzmaske ist aktuell



Pflicht und erst recht notwendig, wenn Beschäftigte sich am Arbeitsplatz einer erhöhten Infektionsgefahr aussetzen“. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein ruft die Reinigungsfirmen in der Region dazu auf, umgehend für ausreichend Atemschutzmasken zu sorgen, am besten nach dem FFP2-Standard. „Betroffene berichten davon, dass sie bislang – wenn überhaupt – nur eine einfache OP-Maske kostenlos bekommen. Wenn es nach dem Arbeitgeber geht, soll die dann mehrere Tage halten. Wer den Mundschutz mehrmals täglich wechselt, muss dafür selbst aufkommen“, berichtet die Gewerkschafterin. Dieser Missstand müsse dringend behoben werden.

Wichtig sei, dass die Firmen die besten Masken für die Sicherheit der Beschäftigten zur Verfügung stellen und über den richtigen Gebrauch der sogenannten Aerosol-Filter informieren. „Vom Verformen des Nasenclips bis hin zum Aufsetzen mit vier Fingern, damit die Maske an der Haut abschließt – hierfür sollte es im Betrieb eine Anleitung geben“, so Pfau. Aus Sicht der IG BAU muss für das Tragen der Atemschutzmaske der Erschwerniszuschlag im Rahmentarifvertrag gezahlt werden. „Viele Firmen verweigern diese Zulage. Wer stundenlang unter einer Maske körperlich schwer arbeitet, hat den Lohnaufschlag verdient.“

Lokalkompass

IG-Bau-Chef fordert Staatshilfe für Azubi-Wohnungen

Die Gewerkschaft will Milliardenbeträge für die Bauförderung. Ob die Bauherren in NRW darauf anspringen, ist jedoch fraglich.

VON MAXIMILIAN PLOCK

DÜSSELDORF Angesichts steigender Mieten warnt die IG Bau- und Agrar-Umwelt (IG Bau) vor einer dramatischen Wohnungsnot für Berufsanfänger. Es müssten dringend mehr Anstrengungen unternommen werden, auch für Auszubildende bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sagte IG-Bau-Chef Robert Feiger unserer Redaktion: „In vier von fünf Städten sind die Mieten im vergangenen Jahr trotz Corona weiter gestiegen.“ Für Azubis sei die Mietbelastung vielerorts nicht mehr zu stemmen. „Wenn Berufsanfänger die Hälfte ihres Einkommens für ein WG-Zimmer ausgeben müssen, dann läuft etwas schief“, so

Feiger. Einer wachsenden Zahl von Auszubildenden bleibe häufig keine andere Alternative als das „Hotel Mama“. Die Misere am Wohnungsmarkt für Berufsanfänger führe gerade in den Ballungszentren zu einem verschärften Fachkräftemangel.

Abhilfe könne ein von Bund und Ländern getragenes Programm zum „Azubi-Wohnen“ schaffen, schlägt der Gewerkschafter vor. Bestehende Angebote reichten nicht aus. „Während die Studentenwerke durch ihr Angebot zumindest einen Teil der Wohnungsnot für Studierende lindern, gibt es kaum geförderte Wohnungen für Azubis.“

Feiger plädiert dafür, das Azubi-Wohnen in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus dauerhaft

zu integrieren. Allerdings müssten die dafür vorgesehenen Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder von derzeit einer Milliarde Euro pro Jahr massiv aufgestockt werden. Nach Einschätzung der Gewerkschaft sind insgesamt Investitionen von jährlich sechs Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau nötig, um den Schwund an Sozialwohnungen zu stoppen.

Die Landesregierung reagiert auf diesen Vorstoß zurückhaltend. Sie verweist darauf, dass Azubi-Wohnungen seit Februar 2020 in NRW im Rahmen der Wohnraumförderung des Landes ausdrücklich berücksichtigt werden. Wie viele Azubi-Wohnungen in diesem Zusammenhang gebaut wurden, lief

das NRW-Bauministerium auf Anfrage unserer Redaktion unbeantwortet. Ein Sprecher verwies darauf, dass die Ministerin das Vorhaben den Bezirksregierungen vorgestellt und diese ermutigt habe, mit den Kammern auch regionale Lösungen anzustreben.

Das Thema beschäftigte auch den sogenannten Ausbildungskonsens – jenes Forum also, an dem Arbeitgeberverbände, Kammern, Gewerkschaften, Landesregierung und Bundesagentur für Arbeit über Verbesserungen der dualen Ausbildung sprechen. Die Teilnehmer hätten die Aufnahme in die Wohnungsbauförderung begrüßt, so der Sprecher. Allerdings gab es offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen, wie

am besten Wohnraum für die Berufsanfänger geschaffen werden sollte. „Ein Teil der Partner sympathisiert mit einer Öffnung der Studentenwerke für das Thema Azubi-Wohnen. Ein anderer Teil favorisiert privatwirtschaftliche Lösungen, für die es im Rahmen der Förderrichtlinie einen Raum gibt“, hieß es.

Azubis, die sich keine Wohnung leisten können und nicht mehr bei den Eltern leben wollen, haben Anspruch auf die sogenannte Berufsausbildungsbeihilfe der Bundesagentur für Arbeit. Im Zeitraum von November 2019 bis September 2020 im Schnitt 19.500 Jugendliche Gebrauch gemacht. Das sind rund sieben Prozent der Azubis im Land.

RP Mantel